

„Wir als Hünstetter Liste stehen für Interkommunale Zusammenarbeit, die dort ansetzt, wo Zusammenarbeit zwischen Gemeinden einen Nährwert für die Gemeinden hat. Interkommunale Zusammenarbeit als Selbstzweck lehnen wir ab“, so die Fraktion der Hünstetter Liste.

„Wir sind daher froh, dass unser Hünstetter Bürgermeister Jan Kraus sich für sinn- und maßvolle Interkommunale Zusammenarbeit einsetzt. Ein alleiniges Verwaltungszentrum in Idstein fern von unserer Bürgerschaft, wie vor Jahren von führenden Idsteiner und Hünstetter Sozialdemokraten gefordert, bringt uns nämlich nicht weiter“, unterstreicht die Fraktion.

„Jeder der sich näher mit unserer Verwaltung beschäftigt, wird feststellen, dass es im täglichen Alltag seit ein paar Jahren vielmehr Zusammenarbeit gibt, als man in der Öffentlichkeit wahrnimmt. Sowohl auf der Bürgermeister- als auch der Verwaltungsebene klappt die Zusammenarbeit und gegenseitige Unterstützung bestens“, stellt die Fraktion fest.

Auch gebe es genug Belege für gelungene Interkommunale Zusammenarbeit, die in der bisherigen Amtszeit des Hünstetter Bürgermeisters Jan Kraus zwischen Hünstetten und anderen Kommunen entstanden sind. So habe beispielsweise der Bürgermeister die „Rekommunalisierung der Stromnetze“ mit 8 Nachbarkommunen gegen anfänglichen, massiven Widerstand der ehemaligen Mehrheitspartei verfolgt und gemeinsam mit den anderen Kommunen zum Abschluss gebracht. Hieraus habe die Gemeinde Hünstetten schon direkte finanzielle Vorteile im sechsstelligen Bereich in Form von Gewerbesteuer erhalten. So sei die Gemeindekasse entlastet worden.

„Ohne den Einsatz unseres Bürgermeisters wären wir nicht nur hier so weit. Ihm daher Ideen- und Tatenlosigkeit vorzuwerfen, entbehrt jeder Grundlage. Auch hier auf den Zug der Idsteiner Sozialdemokraten aufzuspringen und einmal pauschal mit Dreck zu werfen, ist kein guter Stil und wirkt fremdgesteuert“, so die Fraktion.

„Auch fehlt uns das Verständnis für die übrige Argumentation der ehemaligen Mehrheitspartei. Wenn es einen Verdacht gibt, dass Unrechtshandlungen begangen worden sind und diese dem Bürgermeister vorgelegt werden, ist es seine Aufgabe Prüfungen in die Wege zu leiten. So hatte der Gemeindevorstand der Gemeinde Hünstetten in dem einen genannten Fall auf Empfehlung des gemeindlichen Anwalts beschlossen, den Sachverhalt der Staatsanwaltschaft zur Prüfung vorzulegen. Dies erfolgte und die Staatsanwaltschaft ermittelt wohl seit dem in diesem Falle. Hierin sehen wir nichts Verwerfliches. Allein die Tatsache, dass die Staatsanwaltschaft Untersuchungen in einem solchen zeitlichen Umfange aufgenommen hat, zeigt, dass hier richtig gehandelt wurde, so die Fraktion der HüLi.

Dies sei auch der ehemaligen Hünstetter Mehrheitspartei bekannt. Es sei daher mehr als bedauerlich, dass deren Vertreter an dieser Stelle versuchen, die Bürgerschaft über Fakten in diesem Zusammenhang zu täuschen und deren merkwürdiges Verständnis vom deutschen Rechtsstaat aufzudrücken.